

## **Autoritäre Herrschaft und wirtschaftliche Entwicklung in Südkorea Rückblick und Ausblick**

EUNJEUNG LEE

In der gegenwärtigen Debatte über die Entwicklungspolitik gilt Südkorea aufgrund seiner außerordentlichen wirtschaftlichen Erfolge als ein "bemerkenswerter Fall"<sup>1</sup> der Entwicklung. Dabei hatte man zunächst die marktwirtschaftliche Orientierung Koreas als das Erfolgsrezept hervorgehoben. In letzter Zeit aber konzentriert sich die Aufmerksamkeit vieler Forscher auf die Rolle des Staates im Prozeß Koreas exportorientierter Industrialisierung. Die Forscher neigen m.E. jedoch dazu, die Rolle des Staates in der Wirtschaft zu stark zu betonen und dadurch andere, jedoch ebenso wichtige Aspekte zu vernachlässigen. Dazu gehören vor allem soziale und politische Faktoren wie auch das weltpolitische und weltwirtschaftliche Umfeld.

Im folgenden soll der Entwicklungsweg Koreas nachgezeichnet werden. Es wird gezeigt, daß die Entwicklung Koreas im wesentlichen durch die Interaktionen zwischen den drei Faktoren Staat, soziale Klassenstruktur und Weltwirtschaftssystem bestimmt wird. Dabei wird die Rolle des Staates in der ökonomischen Entwicklung nur im Zusammenhang mit den Klassenverhältnissen und den weltwirtschaftlichen Bedingungen richtig verständlich. Ändern sich die Klassenverhältnisse oder die weltwirtschaftlichen Bedingungen, wird davon der Charakter der staatlichen Intervention in die wirtschaftliche Entwicklung beeinflusst. So ist in Korea die rasche Industrialisierung nicht ohne Wirkung auf die Gesellschaft und ihr Sozialsystem geblieben. Gerade deshalb ist es notwendig, die gesellschaftlichen Konsequenzen der Industrialisierung und ihre Problematik in bezug auf die weitere Entwicklung zu betrachten.

---

1 Menzel, U., Die Hilfe hilft nicht, Treuhandschaft wäre ein Weg. Die Nord-Süd-Politik bedarf dringend einer neuen Orientierung und muß ihre Tabus brechen, in: Frankfurter Rundschau, 3.6.1991.

## I. Die Entwicklung des autoritären Staats

Die koreanische Gesellschaft hatte im Jahre 1910 mit der japanischen Kolonialisierung einen totalen Abbruch ihres eigenen Entwicklungsgangs von der traditionell-feudalen zu einer modernen Staats- und Gesellschaftsordnung erlebt. Sowohl das traditionelle Regime als auch die einheimischen Gruppen, die unter normalen Bedingungen selbst die Entwicklung des Landes vorangetrieben hätten, wurden durch eine Kolonialbürokratie des "Japanischen Generalgouvernements in Korea" ersetzt, die die Gesellschaft mittels polizeilicher sowie militärischer Gewalt fest unter Kontrolle hielt. So wurde Korea ohne Rücksicht auf seine eigene gesellschaftliche Entwicklung ein starkes "Staatsystem" aufgezwungen.

Die koloniale Bürokratie leitete in Korea eine planmäßige wirtschaftliche Entwicklung ein, die allerdings völlig auf die Bedürfnisse Japans ausgerichtet war.<sup>2</sup> Vor allem sollte hier die Effizienz des Agrarsektors gesteigert werden, um die unzureichende Reisproduktion Japans zu ergänzen. Um die Erhöhung der Reiserträge für den Exportmarkt und damit die Erfüllung der wirtschaftlichen Funktion der Kolonie als zuverlässiger "Nahrungslieferant" zu garantieren, ließ die japanische Kolonialmacht die alte Schicht der Landbesitzer als Klasse fortbestehen, da diese als Mittel zur Disziplinierung der Bauern für sie nützlich war. So besaßen zwischen 1910 und 1945 etwa 3.000 Großgrundbesitzer 65% des bebauten Landes. In den dreißiger Jahren, als die Lage auf dem Arbeitsmarkt in Japan immer angespannter wurde, wurden dann zunehmend arbeits- und lohnintensive Industriezweige - vor allem Betriebe der Textilindustrie - nach Korea verlegt. Und nach dem Beginn des chinesisch-japanischen Kriegs 1937 wurde Korea schließlich zum Aufmarschgebiet und zur Nachschubstation für die japanischen Operationen auf dem asiatischen Festland.

Die japanische Kolonialzeit brachte wichtige Veränderungen für die koreanische Gesellschaft mit sich, denn die Beziehung zwischen dem Staat und den sozialen Klassen erhielt eine neue Struktur. Vor der Kolonialzeit war der Staat den *Landlords* gegenüber relativ schwach. Während der Kolonialherrschaft aber trat die Staatsbürokratie als der zentrale Apparat der Staatsmacht auf. So formulierte sie unabhängig von den *Landlords* und anderen sozialen Klassen politische und wirtschaftliche Ziele. Die *Landlords* paßten sich diesen Zielen an und kollabo-

---

2 Dazu siehe v.a. Kang, Man-Kil, *Moderne Geschichte Koreas*. Seoul 1984, S. 220ff. (Koreanisch).

rierten faktisch mit der japanischen Kolonialmacht. Deshalb sahen sie nach der Unabhängigkeit 1945 ihre wirtschaftliche Basis unmittelbar gefährdet. Und je mehr sie sich von unten bedroht fühlten, desto abhängiger wurden sie von den neuen Herrschern, von denen sie sich Schutz versprachen.

Nach der Befreiung von der japanischen Kolonialherrschaft wurde der südliche Teil Koreas unter der neuen hegemonialen Macht USA ins kapitalistische Weltsystem integriert, während im Norden unter Einfluß der Sowjetunion ein kommunistisches System entstand. Die amerikanische Besatzungsmacht kontrollierte mit Hilfe der von der Kolonialherrschaft hinterlassenen Polizeikräfte drei Jahre lang das Land<sup>3</sup>, wobei sie sich auf die Bekämpfung der kommunistischen Bewegung und aller linken Kräfte konzentrierte, die seit den zwanziger Jahren in Korea unübersehbar stark geworden waren, wie etwa die vielen revolutionären Bauernaufstände nach 1945 deutlich machten. Zugleich ermöglichte sie dem ultrakonservativen Antikommunisten und ehemaligen Unabhängigkeitskämpfer Rhee Syng Man, seine politische Führungsmacht zu etablieren. Dieser fand seinerseits vor allem bei den alten *Landlords* und bei den Flüchtigen aus dem Norden Unterstützung.<sup>4</sup>

Dennoch sah sich der Staat unmittelbar nach der Gründung der ersten Republik (1948-60) zur Durchsetzung einer Landreform gezwungen. Die Gründe dafür lagen zum einen in der politischen Systemkonkurrenz mit Nordkorea, zum anderen in der wachsenden sozialen Unzufriedenheit. Die Landreform konnte, da die politische Basis des Regime Rhees in seiner frühen Phase durch die alten *Landlords* gebildet wurde, nur gegen deren aktiven Widerstand und deshalb nicht in allen Punkten erfolgreich durchgesetzt werden.<sup>5</sup> Es wurde aber ca. 70% des landwirtschaftlich genutzten Bodens neu verteilt. Durch die Reform gelangten mehr als eine Million ländliche Haushalte zu Landbesitz. Allerdings mangelte es an den notwendigen Begleitmaßnahmen wie der Bereitstellung von Krediten, der Befreiung von den viel zu hohen Steuern usw. Deshalb führte die Landreform kaum zu Produktivitätssteigerungen. Politisch jedoch stärkte sie die Macht Rhees, indem sie einerseits einen Instabilitätsfaktor im Lande beseitigte und andererseits den *Landlords*, die mittlerweile die innerparteiliche Opposition gegen Rhee stellten, die wirtschaftliche Basis

---

3 Cumings, B., *The Origins of the Korean War*. Princeton/N.J. 1981, S. 162-166.

4 Henderson, G., *Korea, The Politics of the Vortex*. Cambridge/Mass. 1968, S. 237ff.

5 Song, Du-Yul (Hg.), *Wachstum, Diktatur und Ideologie in Korea*. Bochum 1980, S. 17ff.

entzog. Hinzu kam im Jahr 1950 der Ausbruch des Korea-Krieges, der die alte Land-Elite als solche endgültig beseitigte. So besaß Südkorea nach diesem eine sehr arme und relativ egalitäre Gesellschaft, die aber in sich nicht festgefügt und kaum differenziert war.

Ihr stand ein ausgesprochen starker Staat gegenüber, ein politischer und administrativer Überbau, den die Kolonialzeit hinterlassen hatte.<sup>6</sup> Der Koreakrieg trug dann maßgebend dazu bei, daß der starke Staat nicht nur fortbestand, sondern sich weiter entwickelte. Die unmittelbare Erfahrung aus dem Krieg lieferte der ohnehin kulturell relativ homogenen südkoreanischen Bevölkerung in der Form des Antikommunismus nun auch eine ideologische Homogenität. Dieser gab den Regierenden quasi unbegrenzte Möglichkeiten zur Legitimierung ihrer Herrschaft.

Die wirtschaftliche Ausgangslage verhieß für Südkorea zunächst keineswegs gute Aussichten. Nach der Abspaltung von Nordkorea verfügte das Land weder über eine nennenswerte Industrie noch über einen Bergbausektor. Das einzige, worauf sich die Wirtschaft des Landes stützen konnte, war seine Landwirtschaft und etwas Leichtindustrie, von der mehr als ein Drittel durch Krieg zerstört worden war.<sup>7</sup> Die Regierung Rhee unternahm jedoch keinen ernsthaften Versuch, den Aufbau des Landes in Angriff zu nehmen. Stattdessen verließ man sich auf amerikanische Hilfeleistungen und setzte diese zum Ausbau der eigenen Macht bzw. zur Förderung eigener Klientelgruppen ein. Dazu gehörte auch eine kleine bevorzugte Gruppe von Industriellen. Dadurch entstand eine vertikale Beziehung zwischen Staatsbürokratie und Industrie, die die weitere Entwicklung prägen sollte. Man spricht in diesem Zusammenhang auch von *Bürokratiekapital*, denn die Herausbildung dieses Kapitels wäre ohne Unterstützung durch die Staatsbürokratie unmöglich gewesen.<sup>8</sup>

Die wirtschaftlichen Erfolge der Ära Rhees waren nicht sonderlich bemerkenswert. So galt Südkorea bis Anfang der sechziger Jahre als eines der ärmsten Länder der Welt. Diese Tatsache stellt die Argumentation von Bruce Cumings in Frage, denn der von der Gesellschaft relativ unabhängige, starke "bürokratisch-autoritäre Staat", den er als das Erfolgsrezept des späteren "Wachstumswunders" Korea hervorhebt<sup>9</sup>, exi-

6 Alavi, H., The State in Post-Colonial Society, in: New Left Review 12, 1974, S. 59-81.

7 Jeger, J./Piazolo, M., a.a.O., S. 39.

8 Yi, Guk-Yueng, Zur politischen Ökonomie der exportorientierten Industrialisierung: Ein Vergleich zwischen Korea und Taiwan, in: Politische Vierteljahresschrift, 1986, S. 179.

9 Cumings, B., The Origins and Development of the Northeast Asia Political Economy: Industrial Sectors, Product Cycles, and Political Consequence, in: Deyo,

stierte bereits in den fünfziger Jahren. Warum die staatlich geleitete Industrialisierung erst nach 1961 möglich war, kann man mit seinem Modell des "BAIR" (*Bureaucratic-Authoritarian Industrializing Regime*) nicht erklären. Die Antwort ist nicht in den Formen der Herrschaft, sondern vielmehr in den Inhalten ihrer Politik zu suchen.

## II. Die "staatlich" gelenkte Industrialisierung

Als die südkoreanische Militär-Elite nach dem Putsch von 1961 versuchte, eine rasche exportorientierte Industrialisierung einzuleiten, fand sie mit der traditionell sehr bildungseifrigen und in der Tat gut ausgebildeten Bevölkerung eine relativ egalitäre und homogene Gesellschaftsstruktur vor, die sich durch eine hohe soziale Mobilität auszeichnete. Es gab keine Landlord-Klasse mehr, die eventuell Widerstand gegen die Industrialisierungspolitik hätte leisten können. Stattdessen aber war in hohem Maße der Wille zum sozialen Aufstieg vorhanden. Darüber hinaus wurde die Industrialisierung Koreas von der Tatsache begünstigt, daß mit der raschen wirtschaftlichen Entwicklung der Industrieländer nach dem Krieg seit 1960 schnell expandierende Absatzmärkte für Billiglohngüter, d.h. für einfache und billige Konsumgüter, entstanden<sup>10</sup>, die die koreanische Industrie trotz ihrer schlechten Ausstattung mit natürlichen Ressourcen bedienen konnte<sup>11</sup>.

Ging es den alten, von Rhee geführten Eliten einzig und allein darum, ihre nach dem Zusammenbruch der japanischen Macht bedrohten Privilegien hartnäckig zu verteidigen, verkörperte die Militär-Elite hingegen einen neuen "dynamisch-autoritären" Typ von Herrschern, deren Konzept von politischer "Ruhe und Ordnung" sich mit einem ehrgeizigen wirtschaftlichen Aufbauprogramm für das Land verband. Die wirtschaftliche Entwicklung wurde zur "nationalen Philosophie" erklärt. Um die stagnierende Wirtschaft so schnell wie möglich in Schwung zu bringen, wurden 1962 "Fünfjahrespläne der wirtschaftlichen Entwicklung"

---

F. (Hg.), *The Political Economy of the New Asian Industrialism*. Ithaca/London 1987, S. 44-83.

10 Vgl. Fröbel, F./Heinrichs, J./Kreye, O., *Die neue internationale Arbeitsteilung. Strukturelle Arbeitslosigkeit in den Industrieländern und die Industrialisierung der Entwicklungsländer*. Reinbek 1977; dies., *Die globale Strategie: Verbilligung der Arbeitskraft. Flexibilisierung der Arbeit, Neue Technologien*. Reinbek 1986.

11 Messner, D., *Die Ratlosigkeit der Entwicklungstheorien. Südkorea paßt nicht ins Konzept*, in: *Blätter des iz3w*, Nr. 154, Dez. 88/Januar 89, S. 38.

eingeführt und kontinuierlich implementiert. Die Regierung unter Führung von Park Chung Hee übernahm die Hauptrolle bei der Einführung und Durchsetzung dieser Pläne. Ihre Aufgabe lag darin, "die Elemente der Marktwirtschaft und der Planung des Entwicklungsprozesses zu verbinden"<sup>12</sup>.

Für die effektive Durchsetzung dieser Pläne integrierte die Militär-Elite selektiv einige gesellschaftliche Kräfte: die kleine Gruppe der unter Rhee geförderten Industriellen sowie pragmatisch-fortschrittsorientierte Intellektuelle. Kurz nach dem Putsch hatte die Militärregierung zwar versucht, das alte "Bürokratiekapital" aufzulösen, das die korrupte Politik der fünfziger Jahre symbolisierte. Aber dieser Versuch wurde eingestellt, sobald die Regierung in diesen Großunternehmern die wichtigsten Partner für ihre Wirtschaftspolitik erkannt hatte. So trat anstelle der von den Putschisten ursprünglich angekündigten völligen Beseitigung der Klientelbeziehungen zwischen Staatsbürokratie und "Bürokratiekapital" lediglich ein Wechsel der Patronage von einer alten zur einer neuen "Staatsklasse".<sup>13</sup> Dadurch distanzierte sich die Militär-Elite weitgehend von einer "politischen Erneuerung". Zugleich aber hatte sie die gehorsamen Partner gefunden, deren Schicksal nun von der Gnade der neuen Herrscher abhängig war. So bildeten in den folgenden Zeiten Regierung und Großunternehmen zusammen quasi einen noch größeren Konzern: War es die Regierung, die den Vorsitzenden des Aufsichtsrats der "Südkorea Inc." stellte, so besetzte die Wirtschaft einige der Direktorenposten.<sup>14</sup>

Mit einem militärischen Kommandosystem wurde unter Park das ohnehin starke Gewaltmonopol des Staates weiter ausgebaut<sup>15</sup>. Gleich nachdem Park seine Macht stabilisiert hatte, baute er einen riesigen Geheimpolizeiapparat, die KCIA (Korean Central Intelligence Agency) auf. Für eine effektive Wirtschaftsplanung wurde der EPB (Economic Planning Board) eingerichtet, ein Ministerium, das bis heute mit hochkarätigen Spezialisten besetzt ist und vom stellvertretenden Premierminister geleitet wird. Die grundlegenden Planungsentwürfe des EPB wurden mit anderen Ministerien wie auch mit staatlichen und privaten

---

12 Park, Heung-Gi, *Verteilungswirkungen der Inflation in Korea seit 1961*. Köln 1982, S. 44.

13 Yi, Guk-Yeung, a.a.O., S. 80.

14 Mason, E.S., *The Economic and Social Modernization of the Republic of Korea*. Cambridge, Mass. 1980, S. 16.

15 Steinberg, D., *Sociopolitical Factors and Korea's Future Economic Policies*, in: *World Development*, Vol. 16, 1988, S. 21.

Unternehmen abgestimmt. Die Wirtschaftstechnokraten im EPB wurden aber durch Park selbst von politischem Druck, den Politiker und andere Interessen auf sie auszuüben versuchten, abgeschirmt. So konnten sie so planen, wie es ihrer Meinung nach dem nationalen Gesamtinteresse am besten diene.<sup>16</sup> Die höchste Entscheidungsgewalt in der Wirtschaftspolitik lag jedoch wie in allen anderen Bereichen der Politik beim Präsidenten.<sup>17</sup>

Diese Art der Rekonstitution der politischen und bürokratischen Organisationen für die Industrialisierung zeigt deutlich, daß in Südkorea noch keine nennenswerten sozialen Kräfte vorhanden waren, die die Industrialisierung effektiv hätten vorantreiben können.<sup>18</sup> Nur deshalb konnte den Militärs der Aufbau eines bürokratisch-autoritären Herrschaftssystems gelingen. Es war aber nicht nur das Gewaltmonopol, welches dem Regime die nach wie vor relativ hohe politische Autonomie gegenüber der Gesellschaft ermöglichte, sondern es war auch die Tatsache, daß Park eine von inländischen sozialen und wirtschaftlichen Kräften unabhängige Finanzierungsquelle finden konnte. Die amerikanischen Hilfeleistungen waren zwar bereits Ende der fünfziger Jahre drastisch reduziert worden, aber nach der Ratifizierung des Korea-Japan-Paktes und vor allem nach der Truppenentsendung nach Vietnam, welche Park trotz heftigster Widerstände in der Bevölkerung mit Gewalt durchgesetzt hatte, flossen wieder reichlich finanzielle Mittel ins Land: zum einen die sogenannten Entschädigungsgelder von Japan, zum anderen die "Entlohnung" durch die USA. Schließlich entwickelte sich das Regime immer klarer zu einer autoritären Entwicklungsdiktatur.<sup>19</sup>

Die Wirtschaftspolitik während der Phase der "staatlich" - tatsächlich aber "vom Führer" - geleiteten Industrialisierung läßt sich durch drei Wesenszüge charakterisieren:

Erstens förderete der Staat, der praktisch mehr als 90% des gesamten Finanz- und Bankwesens kontrollierte, durch die Zinspolitik, durch die Verteilung der ausländischen Kredite und durch Vorzugsdarlehen massiv

---

16 Kim, Kih-Wan, Korea in the 1990s: Making the Transition to a Developed Economy, in: World Development, Vol. 16, 1988, S. 10.

17 Vgl. Johnson, C., Political Institutions and Economic Performance: The Government-Business Relationship in Japan, South Korea, and Taiwan, in: Deyo, F. (Hg.), a.a.O., S. 154. In diesem Punkt unterscheidet sich der EPB eindeutig von seinem japanischen Pendant MITI.

18 Vgl. Far Eastern Economic Review, 11/17. April 1980, S. 36.

19 Ahn, Suck-Kyo, Die wirtschaftliche Entwicklung Südkoreas, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 36-37, 1988, S. 34.

die Bildung von Industriekapital. Der Anteil des Eigenkapitals der Unternehmen an den Investitionen blieb bis in die achtziger Jahre unter 20%, die restlichen 80% mußten von außen einfließen. So besaß der Staat durch die Kontrolle des Finanz- und Bankwesens ein mächtiges und effektives Instrument zur Disziplinierung der Unternehmen.<sup>20</sup> Zudem wurde auf diese Weise erreicht, daß nicht das ausländische Finanzkapital, sondern das Industriekapital politisch und wirtschaftlich dominierend blieb.

Zweitens unterstützte der Staat die Bildung großer Konzerne (*chaebol*). Sie erschienen ihm als das geeignete Mittel zur Kapitalkonzentration, zum Aufbau eines effektiven Informationsnetzes auf dem Weltmarkt und zur Spezialisierung der Unternehmen für den Export und den Import. Mit einer solchen Konstruktion versuchte der Staat sowohl die Ineffizienz reiner Staatsunternehmen als auch die Indifferenz der reinen Privatunternehmen gegenüber der nationalen Entwicklung zu vermeiden.<sup>21</sup> Diese Politik führte in den achtziger Jahren dazu, daß die fünf größten Firmengruppen, nämlich Samsung, Hyundai, Daewoo, Lucky-Goldstar und Sunkyung, allein fast ein Viertel der Unternehmensumsätze<sup>22</sup> erzielten. Dagegen wurden die Klein- und Mittelbetriebe stark vernachlässigt. Dadurch waren diese nicht in der Lage, in den Krisen eine regenerative und ergänzende Funktion für die Exportindustrie im ohnehin kaum entwickelten Binnenmarkt zu übernehmen.

Die Unterentwicklung des Binnenmarktes war im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß Arbeiter und Bauern, also der größte Teil der Bevölkerung, zu niedrige Einkommen bezogen. Das war eine notwendige Folgeerscheinung aus der Exportstrategie des Staates, nach der der größte komparative Vorteil der koreanischen Industrie in billiger, aber relativ gut qualifizierter Arbeitskraft lag. Dadurch aber war der Erfolg der exportorientierten und arbeitsintensiven Industrialisierung im wesentlichen von der Beibehaltung des niedrigen Lohnniveaus und der Disziplinierung der Arbeiter abhängig. Dazu versuchte der Staat, durch teils brutale Repression jedwede gewerkschaftlichen oder sozialen Forderungen zu unterbinden. Dies machte den dritten wesentlichen Charakterzug der damaligen Wirtschaftspolitik aus. Ohne Zweifel verbesserte sich dadurch die Wettbewerbsfähigkeit der koreanischen Industriegüter auf dem Weltmarkt. Aber gleichzeitig wurde damit die Möglichkeit einer

---

20 Johnson, C., a.a.O., S. 159.

21 A.a.O., S. 160ff.

22 Unternehmen mit mehr als zehn Beschäftigten.

Ausdehnung der Binnennachfrage und damit die Steigerung des Wohlstandes der Mehrheit der eigenen Bevölkerung von Beginn an unterminiert.<sup>23</sup>

Viele Wissenschaftler haben versucht, das Ausbleiben von Arbeitskämpfen und den unpolitischen Charakter der Arbeiterorganisationen in Südkorea durch kulturelle Gegebenheiten zu erklären, etwa durch die These einer konfuzianistisch bestimmten Kulturtradition. Sieht man aber die Explosion der Arbeitskämpfe in den Zeiten, in denen die staatliche Repression nachließ - wie z.B. 1979/80 und 1987 - so wird deutlich, daß die sogenannte gehorsam-friedliche Arbeitskultur in Korea nur durch harte staatliche Kontrolle erzwungen war. In Korea gab es weder ein System lebenslanger Anstellung noch die besondere Loyalität zur eigenen Firma, Merkmale, welche gemeinhin als auf kultureller Tradition basierende Besonderheiten asiatischer Unternehmen hervorgehoben werden. Die sogenannte "Korean Labour Union" war nicht mehr als ein Handlanger des Staates, der den Arbeitern nicht einmal Grundrechte wie Mindestlöhne, Streikrecht usw. einräumte. Der Frieden zwischen Arbeit und Kapital wurde mittels staatlicher Intervention zuungunsten der Arbeiter erzwungen; er war nicht mehr als ein *peace of the graveyard*<sup>24</sup>.

### III. Sozialer Wandel

Im Hinblick auf das quantitative Wirtschaftswachstum hatte sich die Strategie der forcierten Industrialisierung in Südkorea drei Jahrzehnte lang - bis in die achtziger Jahre - bewährt. Zu einem Mehr an Demokratie hatte sie jedoch keineswegs beigetragen, wie manche Modernisierungstheoretiker immer wieder unterstellen. Vielmehr wurde dieser Industrialisierungsprozeß von dem Phänomen der "politischen Unterentwicklung" begleitet. Das staatlich stark kontrollierte Industrialisierungskonzept ließ zunächst weder eine politische Klassenbildung noch die Entfaltung eines politischen Pluralismus' zu. Stattdessen führte es in die Diktatur.

Im Dezember 1971 rief Park Chung Hee, der sich in den sechziger Jahren wenigstens an einige demokratische Regeln gehalten hatte, den "nationalen Notstand" aus. Vorausgegangen war eine Präsidentschaftswahl, bei der er fast Kim Dae Jung, dem Oppositionskandidaten, unter-

---

23 Messner, D., a.a.O., S. 39.

24 Song, Ho-Gun, Arbeitspolitik und Markt in Korea, Seoul 1990, S. 295 (Koreanisch).

legen wäre. Die Angst, die politische Macht zu verlieren, veranlaßte Park zu einer Verfassungsänderung. Als Vorwand diente die Behauptung, in Südkorea sei eine starke und kontinuierliche politische Führung notwendig, um die wirtschaftliche Entwicklung voranzutreiben, einen dauerhaften wirtschaftlichen Erfolg zu sichern und vor allem die dafür nötige nationale Sicherheit zu gewährleisten, die ständig durch den Norden bedroht schien. So wurde im Oktober 1972 die sogenannte *Yushin*-Verfassung eingesetzt, die schließlich zur Alleinherrschaft Parks führte. Seitdem galt in Südkorea ununterbrochen der Ausnahmezustand, bis Park im Oktober 1979 vom Chef der KCIA erschossen wurde.

Nach der Ermordung Parks herrschte für kurze Zeit Aufbruchstimmung und Hoffnung auf eine Demokratisierung des Landes. Aber bald übernahm der Fallschirmjärgeneral Chun Doo Hwan die Macht, der spätestens im Sommer 1980 den gesamten Staatsapparat - einschließlich Militär und Geheimdienst - unter seine Kontrolle gebracht hatte. Anstelle einer demokratischen Zivilregierung, die die Bevölkerung sich erhofft hatte, war erneut eine Militärdiktatur getreten, die in jeder Hinsicht ihrer Vorgängerin ähnelte, nun aber noch autoritärer und repressiver gegenüber der Gesellschaft war.

Ohne Zweifel hatte Park und seine Militär-Elite durch den Putsch von 1961 zunächst für politische Stabilität im Lande gesorgt, die für die folgende wirtschaftliche Entwicklung notwendig war. Aber seit der Promulgation der *Yushin-Verfassung* und während der Ära Chuns wandelte sich das System immer mehr zu einer persönlichen Herrschaft, wodurch es sehr empfindlich gegenüber politischen Angriffen wurde<sup>25</sup>. Die Folge war, daß keine nennenswerte Opposition mehr zugelassen wurde und daß Oppositionelle - wie z.B. Kim Dae Jung - sogar zum Tode verurteilt wurden. Darüber hinaus wurde die Gewaltenteilung in Exekutive, Legislative und Judikative und damit das politische Prinzip von *checks and balances* völlig ignoriert. Das Parlament und die politischen Parteien hatten im Grunde nicht mehr als eine dekorative Funktion, um den Regimen äußerlich eine "demokratische" Form zu geben. Je repressiver die Politik wurde, desto mehr suchten die Machthaber die Legitimation ihrer Herrschaft in der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes. Ihr Motto lautete: "Totale Mobilmachung für den wirtschaftlichen Aufbau des Landes". Gleichzeitig war damit jedoch auch die politische "Demobilisierung der Bevölkerung" gemeint.

---

25 Vgl. Johnson, C., a.a.O., S. 144.

Die Industrialisierung aber brachte unvermeidlich auch einen sozialen Wandel mit sich, zumal die Wirtschaftssektoren revolutionäre Veränderungen erlebt hatten: In nur 32 Jahren (von 1957 bis 1989) fiel der Anteil des primären Sektors am Bruttosozialprodukt von 63,3% auf 11,8%. Dem stand eine gewaltige Expansion des sekundären Sektors von 17% auf 50,9% sowie eine Ausweitung des tertiären Sektors von 19,7% auf 27,3% gegenüber.<sup>26</sup> Infolge dessen änderte sich auch die Gesellschaftsstruktur, wie aus Tabelle 1 hervorgeht. Die Industriellen, die die gesellschaftlichen Partner der Machthaber darstellten, waren eine kleine Minderheit geblieben. Die Anteile von Bauern und Arbeitern hatten sich radikal verändert. (In der Tat finden sich die ehemaligen Bauern meist in der städtischen Arbeiterschicht wieder.) Wichtig ist insbesondere die Tatsache, daß der sogenannte Mittelstand - bestehend aus Angestellten und Selbständigen -, der im wesentlichen als bürgerlich liberal-demokratisch gesinnt gilt<sup>27</sup>, zu einer unübersehbaren politischen wie sozialen Klasse geworden ist.

**Tabelle 1:** Soziale Schichtung 1955-1985

Schicht	1955	1960	1970	1975	1980	1985
Industrielle	0,3	0,5	0,6	0,9	1,1	1,5
Mittelstand	11,6	14,8	19,3	21,5	25,8	32,2
Bauern	70,6	65,2	51,7	42,5	33,5	23,9
Arbeiter	17,5	19,5	28,4	35,1	39,7	42,5
					(alle Angaben in %)	
Zahl der Erwerbstätigen	6.390	7.622	10.543	11.638	12.708	15.350
						(in Tsd.)

Quelle: Baik, Jong Guk, Alternative für den koreanischen Kapitalismus im Zeitalter der Demokratisierung, in: Goo, Bum Mo (Hg.), Jahr 2000 und Alternative für Korea. Seoul 1992, S. 209 (koreanisch).

26 Jerger, J./Piazzolo, M., a.a.O., S. 39.

27 Vgl. Choi, Jang-Gyb, Struktur und Wandel der modernen Politik in Südkorea. Seoul 1989, S. 255ff. (Koreanisch).

#### IV. Die strukturelle Krise der Gegenwart

Der moderne Staat in Südkorea verfügte, wie gesehen, schon sehr früh gegenüber der Gesellschaft über eine starke relative Autonomie. Diese entstand aber nicht aus einem Machtvakuum, das aus dem Gleichgewicht zwischen rivalisierenden sozialen Klassen resultierte, wie Marx es in der westlichen Gesellschaft beobachtet hatte.<sup>28</sup> Vielmehr geht die relative Autonomie des Staates historisch gesehen auf äußere Faktoren zurück - das japanische Kolonialsystem, die amerikanische Besetzung und den Ost-West- bzw., im Falle Koreas, Nord-Süd-Konflikt. Die gerade in den letzten Jahren deutlicher werdende Entwicklung der Gesellschaft im abendländisch-bürgerlichen Sinne ist insofern als Folge der Industrialisierungspolitik durch ein autoritäres Regime zu begreifen.

Mit der Ende der siebziger Jahre einsetzenden Entwicklung zur bürgerlichen Gesellschaft aber wurde die Legitimation des autoritär-bürokratischen Herrschaftssystems, das den Industrialisierungsprozeß eingeleitet hatte, immer mehr in Frage gestellt. Trotz der teils brutalen Unterdrückung wurde der politische Widerstand stärker. So kam es 1987 zu einer landesweiten Massenbewegung für die Demokratisierung, wobei sich Arbeiter und Mittelstand zusammen mit demonstrierenden Studenten gegen die Diktatur stellten. Im Mai und Juni fanden überall im Land Massendemonstrationen statt, bis der damals noch designierte Nachfolger Chuns, Roh Tae Woo, dann schließlich am 29.6.1987 politische Reformen ankündigte und Südkorea die Demokratie versprach.

Bemerkenswert ist hier die Tatsache, daß gleich nach diesem Reformversprechen Rohs die Industriearbeiterschaft begann, um ihre Rechte und um wirtschaftliche Demokratisierung zu kämpfen und sich dafür zu organisieren. Von Juli bis Mitte September 1987 wurden 2.000 freie demokratische Gewerkschaften gegründet und mehr als 3.400 Streiks organisiert, an denen mehr als eine Million Arbeiter und insgesamt fünf Millionen Menschen teilnahmen. Dies war mehr als die Gesamtzahl aller Streiks, die in den zwanzig Jahren zuvor registriert worden waren.<sup>29</sup>

Vergegenwärtigt man sich, daß Südkorea unter dem autoritär-bürokratischen Herrschaftssystem innerhalb von dreißig Jahren einen tiefgreifenden ökonomischen und sozialen Wandel erlebte, für den selbst

---

28 Marx, K., *Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte*, in: Marx, K./Engels, F., *Ausgewählte Werke in sechs Bänden*. Berlin/DDR 1985, Bd. II, S. 299-417.

29 Vgl. Choi, Jang-Gyb, a.a.O., S. 281.

ein Land wie Japan mehr als achtzig Jahre benötigt hatte, dann wird es verständlich, daß diese Gesellschaft sich jetzt vor zwei Aufgaben gleichzeitig gestellt sah: Einerseits der politischen Demokratisierung, andererseits der einer sozialen Reformierung im Sinne einer wirtschaftlichen Demokratisierung.

Die heftigen Proteste von breiten Teilen der Bevölkerung hatten die autoritäre Herrschaft zunächst zur politischen Reform gezwungen. Die Reform blieb jedoch auf halbem Wege stecken, ohne sich zur sozialen Reform fortzuentwickeln, denn die Regierenden waren zur Durch- und Umsetzung der materialen Demokratie nicht bereit, obwohl diese angesichts der enorm gewachsenen sozialen Ungleichheiten dringend notwendig geworden war.<sup>30</sup> So beschränkte sich die Reform auf eine nur formale Demokratisierung.

Eine wichtige Ursache für den Abbruch der Reformen in Südkorea lag darin, daß die landesweite Koalition für die Demokratisierung nach der Verkündung des "Programmes der demokratischen Reform" vom 29.6.1987 zusammengebrochen war. Zum einen kam es zur Spaltung der Oppositionspartei wegen eines Streites um die Kandidatur für die Präsidentschaftswahl, zum anderen zu einer Spaltung der opponierenden sozialen Gruppen, da sich die Intellektuellen und vor allem die sogenannten Mittelschicht im Gegensatz zur Arbeiterschaft schon mit dem bloßen Versprechen einer formalen Demokratisierung zufrieden gaben.

Gerade die Zersplitterung der demokratischen Koalition erleichterte es der Regierung, neuerlich repressive Maßnahmen gegenüber der Arbeiterschaft zu ergreifen. Zunächst kündigte die Regierung gegenüber den streikenden Arbeitern eine Politik der "Nichteinmischung" an und übernahm damit formal eine neutrale Position in den Arbeitskämpfen. Angesichts der ungleichen Kräfteverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit bedeutet dieses jedoch nichts anderes als die weitere Unterstützung der Unternehmer. Bereits Mitte August 1987 setzte die Regierung wieder polizeiliche Gewalt gegen Arbeiter unter dem Vorwand ein, die Arbeiter würden ihrerseits Gewalt anwenden. Die sowohl qualitativ als auch quantitativ wachsende Arbeiterbewegung war dennoch nicht mehr aufzuhalten. Die Hauptforderungen der Arbeiterschaft waren die Zulassung freier Gewerkschaften, höhere Löhne und die Teilhabe am wirt-

---

30 Der Gini-Index für die Einkommensverteilung, der in Südkorea 0.3355 erreicht, kann das Ausmaß der sozialen Ungleichheit nicht hinreichend wiedergeben. Vor allem die Verteilung des Reichtums wie z.B. der Grundstücke zeigt mit ca. 0.9 eine äußerst hohe Ungleichheit. Dazu vgl. Goo, Bum-Mo, a.a.O., S. 12f.

schaftlichen Wohlstand, der den Arbeitern während der jahrzehntelangen Militärherrschaft vorenthalten worden war.

Die Regierung machte die streikenden Arbeiter dafür verantwortlich, daß die Exporte 1989 zurückgingen und das Wirtschaftswachstum nur noch "7 Prozent" erreichte, weil die Löhne seit 1987 um durchschnittlich 70 Prozent gestiegen seien. Es wurde vor einer "totalen Strukturkrise" und vor einer "Lateinamerikanisierung" der koreanischen Wirtschaft gewarnt.<sup>31</sup> Die Politiker und die Kapitalisten verlangten von der Arbeiterschaft, mit Fleiß und Verzicht - wie in den früheren Zeiten - für "das große Ziel" zu arbeiten, damit Südkorea nicht das Schicksal Brasiliens oder Mexikos erleide. Aber damit war die Arbeiterschaft nicht wieder unter Kontrolle zu bringen.

Im Januar 1990 gelang es ihr, eine Dachorganisation der freien unabhängigen Gewerkschaften (den Landesrat für Gewerkschaften, *Chun No Hyub*) zu gründen. Die Regierung, die eine Solidaritätsaktion der Arbeiter am meisten fürchtete, erklärte die Gründung dieser Organisation schon im vorhinein für illegal. Sie war nicht bereit, die Arbeiterschaft als eine politische Klasse in den politischen Entscheidungsprozeß zu integrieren, was zur Konfliktlösung hätte beitragen können. Stattdessen beharrte sie auf der *pluralistischen* Gewerkschaftspolitik, die nur die Gründung einer Betriebsgewerkschaft erlaubt, die die "Einmischung von Dritten" in Angelegenheiten einer Betriebsgewerkschaft aber streng untersagt.<sup>32</sup> Angesichts der neuen sozialen Lage und des wachsenden Arbeiterbewußtseins konnte diese Politik aber nur zu einer Zuspitzung der Klassenkonflikte führen. Denn die einzelnen Betriebsgewerkschaften, die hinsichtlich der für ihre Mitglieder erzielten Ergebnisse, etwa bei Tarifverhandlungen, untereinander konkurrieren<sup>33</sup>, tragen zu einer Verschärfung der Arbeitskämpfe bei. Andererseits stehen den zum Selbstbewußtsein erwachten Arbeitern mittlerweile Unternehmer gegenüber, die mächtige Organisationen kontrollieren und auf die Politik Einfluß nehmen. Folglich sind Streiks, Aussperrung und Entlassungen die Formen, in denen Konflikte zwischen Arbeit und Kapital am häufigsten ausgetragen werden - mit all ihren negativen Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft.

---

31 Vgl. Ahn, Guk-Shin, Hat die lange Reise nach Südamerika schon begonnen? In: Shin Tong Ah, Juni 1990, S. 293-303 (Koreanisch).

32 Vgl. Song, Ho-Gun, Staat und Gewerkschaft in der Transformationszeit, in: ders., Arbeiterpolitik und Markt. Seoul 1991, S. 369ff. (Koreanisch).

33 Schmitter, P.C., Modes of Interest Intermediation and Models of Social Change in Western Europe, in: Comparative Political Studies, 10 (1) 1977.

## V. Ausblick

In Südkorea dürften nunmehr die Zeiten vorbei sein, in denen die Regierung die Bevölkerung fast nach Belieben finanziell ausnutzen und enorme Ressourcen in den Exportsektor umleiten konnte. Damit ist aber auch die Fortsetzung der staatlich geleiteten Wirtschaftsentwicklung in Frage gestellt, denn der Staat verliert seine *relative Autonomie*, die die Grundlage der exportorientierten Industrialisierungspolitik seit den sechziger Jahren gewesen war, in dem Maße, wie die Arbeiterschaft und die Unternehmer an politischer Macht gewinnen. Darüber hinaus haben sich die weltpolitischen Bedingungen mit den Veränderungen in Osteuropa sehr gewandelt. Vor allem hat aber auch das Argument der nationalen Sicherheit, mit dem die autoritäre Herrschaft zuvor sich und fast jede Politik legitimieren konnte, an Stellenwert verloren.

Es mag sein, daß das Wirtschaftswachstum Südkoreas der sechziger und siebziger Jahre ohne die "politische Stabilität und Disziplin", die das Militär garantierte, nicht hätte stattfinden können.<sup>34</sup> Wirtschaftliches Wachstum allein kann jedoch autoritäre Herrschaft nicht rechtfertigen - wie die Veränderungen seit 1987 in Südkorea auch deutlich machten. Angesichts der gesellschaftlichen Entwicklung und vor allem in Anbetracht der zunehmenden sozialen Konflikte ist eine neue Politik vonnöten, die zwischen den Konfliktparteien vermitteln und damit die sozialen Spannungen abbauen kann.

Südkorea wird, ohne die Arbeiterfrage gerecht und demokratisch gelöst zu haben, weder politische Stabilität und noch sozialen Frieden finden können. Die weitere wirtschaftliche Entwicklung ist nunmehr davon abhängig, in welcher Weise diese Frage der wirtschaftlichen und politischen Einbindung der Bürger, vor allem der Arbeiter, gelöst wird. Dazu ist es notwendig, die starke soziale Ungleichheit infolge der Industrialisierung zu verringern. Im Hinblick darauf ist der Staat gefordert, sich vom "Planer und Kommandeur" zu einem demokratisch-gerechten "Steuerer und Vermittler" zu wandeln. Dabei darf die Funktion des Staates nicht zu der eines "Nachtwächters" reduziert werden, wie viele Wirtschaftstechnokraten in Südkorea als Rezept zur Bewältigung der gegenwärtigen Krise fordern.<sup>35</sup> Denn in einem Land, in dem der Staat jahrzehntelang einseitig die Industrie begünstigt und damit nicht zuletzt zum

---

34 Vgl. z.B. das Interview mit Nam Duck Woo, einst Ministerpräsident in Südkorea, in: *Far Eastern Economic Review*, 11/17. April 1980, S. 36.

35 Baik, Jong-Gook, a.a.O., S. 201.

Aufbau starker Konzerne mit nunmehr großer politischer Macht beigetragen hat, während er die Arbeiterschaft als politische Klasse von der Politik weitgehend ausschloß, würde "Liberalisierung" lediglich zu einer "Plutokratie" führen, in der die Mehrheit der Bevölkerung von der mächtigen Minderheit der *Chaebols* abhängig wird. Formale Demokratie ohne sozialen Ausgleich ist nichts anderes als "Diktatur der herrschenden Klasse".<sup>36</sup> Die formale Demokratie muß deshalb zur materialen Demokratie fortentwickelt werden.

---

36 Heller, H., Politische Demokratie und soziale Homogenität, in: ders. Gesammelte Schriften. Drath, M./Niemeyer, G./Stammer, O./ Borinski, F. (Hg.), Leiden 1971, Bd. II, S. 430.